

Einige Anmerkungen zur „wirtschaftsdemokratischen Offensive“ der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz

Pascal Zwicky, Cédric Wermuth / 19.03.18

1. Ausgangslage: Globale Krise(n) und schweizerische Besonderheiten

Die sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP Schweiz) verabschiedete an ihrem Parteitag im Dezember 2016 ein Positionspapier mit dem Titel „Eine Zukunft für alle statt für wenige – Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen“ (vgl. SP Schweiz 2016). Darin werden (äusserst moderate) Ansätze einer Demokratisierung der Wirtschaft skizziert. Das Positionspapier wurde als eine Aktualisierung, Konkretisierung und Weiterentwicklung des aktuellen, aus dem Jahr 2010 stammenden Parteiprogramms der SP Schweiz (Titel: „Für eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie“) erarbeitet (vgl. SP Schweiz 2010). Das Papier, oder besser: Schlagworte daraus, wurden im Vorfeld des Parteitags intensiv und kontrovers kommentiert und ansatzweise debattiert – parteintern aber vor allem auch in einer breiteren, medialen Öffentlichkeit. Der Tenor der bürgerlichen Mainstreammedien war dabei erwartungsgemäss hauptsächlich polemisch negativ: Vom Aufruf zum Klassenkampf war die Rede, von Rezepten aus der Mottenkiste und realitätsfremden Gedankenspielen. Gleichzeitig wurde das Papier bzw. die Diskussion darüber in weiten Teilen der Parteibasis sehr positiv aufgenommen. Allein die Möglichkeit, anhand des Positionspapiers Alternativen zum kapitalistisch-neoliberalen Status quo zu denken und darüber zu debattieren wurde begrüsst, wirkte mobilisierend und wurde von vielen als jahrelang vernachlässigte, aber zwingend notwendige Aufgabe der Linken erachtet.

Die Beschäftigung mit dem Thema Wirtschaftsdemokratie fällt in eine Zeit, die durch eine „multiple Krise“ geprägt ist, die sich immer klarer auch als eine „organische Krise“ des globalen neoliberalen Kapitalismus manifestiert (vgl. PROKLA--Redaktion 2016). Ausdruck und Folge dieser Krise(n) ist der weltweite Aufstieg einer reaktionären, teils neo-faschistischen Rechten (vgl. bspw. Bellamy Foster 2017, Mishra 2017). Diese Neue Rechte reagiert auf tiefgreifende gesellschaftliche Zerwürfnisse und weit verbreitete Gefühle (und Realitäten) von Unsicherheit und Kontrollverlust, bietet aber keine zukunftsfähigen Antworten. Gerade in den Gesellschaften des Globalen Nordens verspricht sie eine auf Ausgrenzung basierende, nationalistische Verteidigung der „imperialen Lebensweise“ (Brand/Wissen 2017) und mehr soziale Gerechtigkeit für diejenigen, die „dazu gehören“. Die Neue Rechte definiert die Verteilungsfrage von einer sozialen Frage zwischen unten und oben um in eine kulturelle Frage zwischen innen und aussen (vgl. Dörre 2016).

Auf Seiten der Linken gibt es, grob gesagt, zwei neuere Entwicklungen: eine gute und eine schlechte. Die gute ist, dass es seit der Finanzkrise 2007ff. zu einer deutlicheren Kritik an den herrschenden kapitalistischen Verhältnisse kommt und die Klassenfrage wieder auf dem Radar auftaucht (tragischerweise brauchte es dazu Trump & Co.). Die schlechte Nachricht ist, dass sich Teile der Linken dem kulturalistischen Diskurs von rechts anpassen und Identitäts- und Klassenpolitik gegeneinander ausspielen (vgl. Dowling/van Dyk/Graefe 2017). Das Zusammentreffen von „TraditionalistInnen“ und Heimatsuchenden von links und rechts scheint uns eine äusserst beunruhigende Aussicht zu sein.

Wir sind davon überzeugt, dass eine Politik, die die Augen vor der Tatsache verschliesst, dass der Kapitalismus als eine, wie der deutsche Schriftsteller und Journalist Raul Zelik schreibt, „alles durchfräsende Struktur“ wirkt, die den Klassencharakter unserer Gesellschaft zwar laufend verändert aber nie hinter sich lässt, nur scheitern kann. Zum Scheitern verurteilt ist aber auch jeder Versuch, anti-rassistische Kämpfe, Forderungen nach Geschlechtergerechtigkeit, einer solidarischen Flüchtlingspolitik oder einer konsequenten Umweltpolitik als zweitrangig, als „Nebenwidersprüche“, abzutun. Eine tatsächlich progressive Politik hat die Verwobenheit von Ausbeutungs-, Unterdrückungs- und Diskriminierungsverhältnissen im globalen Kapitalismus zusammenzudenken und die Menschen auf dieser Grundlage in ihren konkreten sozialen Realitäten abzuholen und zu einem gemeinsamen Handeln für mehr Freiheit zu bringen. Man kann das eine verbindende, eine inklusive oder eine intersektionale Klassenpolitik nennen (vgl. Federici 2017, Luxemburg 2017, Mezzadra/Neumann 2017, Yamatha-Taylor 2017).

Vor diesem Hintergrund sehen wir die Aufgabe der Linken, und dabei insbesondere auch die grosse Herausforderung der Sozialdemokratie, darin, eine zeitgemässe und attraktive Programmatik zu entwickeln und mit Nachdruck zu verfolgen, die auf einer adäquaten Kapitalismus- und Gesellschaftskritik aufbauend, transformatorische Handlungsoptionen und Forderungen aufstellt. Die Arbeiten der SP Schweiz mit und am Konzept der Wirtschaftsdemokratie sind als Versuch(e) zu verstehen, dieser Herausforderungen zu begegnen.

Gerade in denjenigen Ländern, in denen sich die sozialdemokratischen Volksparteien in den letzten Jahren und Jahrzehnten stark dem neoliberalen Mainstream anpassten, ja, ihn sogar vorantrieben, und sich mehr und mehr als „Establishment-Parteien“ gebärdeten, gibt es ein doch starkes Bedürfnis an linken Alternativen zum Status quo – und seien sie nur programmatischer Natur. Diesen Schluss lässt der erstaunlich grosse Zuspruch des demokratischen Sozialisten Bernie Sanders in den Vorwahlen in den USA 2016 ebenso zu wie der unerwartete Erfolg von Jeremy Corbyn, der mit einem linken Wahlprogramm (mit wirtschaftsdemokratischen Einflüssen¹) gestärkt aus den Neuwahlen im Sommer 2017 hervorging. Und dafür sprechen nicht zuletzt auch die interessierten Reaktionen, die uns, die SP

¹ Siehe etwa das Positionspapier „Alternative Models of Ownership“ (Labour Party 2017).

Schweiz, in den letzten zwei Jahren mit Hinweis auf unsere wirtschaftsdemokratischen Debatten aus Deutschland erreicht haben.

Dass es die Sozialdemokratie in der Schweiz ist, die wirtschaftsdemokratische, und damit per se eher linke Papiere verabschiedet, ist natürlich kein Zufall, sondern massgeblich auch durch das hiesige politische System bedingt (vgl. Wyler 2017): So kennt die Schweiz kein Modell von Regierungspartei und Opposition, sondern als „Konkordanzdemokratie“ institutionell nur Koalitionsregierungen (aktuell besteht der Bundesrat, die Exekutive auf nationaler Ebene, aus zwei Mitgliedern der reaktionär-nationalistischen Schweizerischen Volkspartei, zwei Mitgliedern der „liberalen“ Freisinnig-Demokratischen Partei, zwei Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei und einem Mitglied der Christlichdemokratischen Volkspartei). Auch im Parlament sind die Mitte-links-Parteien klar in der Minderheit, wobei es auf nationaler Ebene links der Mitte neben der SPS (mit einem Wähleranteil von 18,8 Prozent die zweitstärkste Partei) nur die Grünen (Wähleranteil 7,1 Prozent) gibt – und keine Partei wie die Linke in Deutschland (es ist erklärtes Ziel der SPS, dass sich auf nationaler Ebene keine Partei links von ihr etablieren kann).² Die SP ist also immer Oppositions- und Regierungspartei zugleich, wobei die Oppositionsrolle auch durch die direktdemokratischen Instrumente des Referendums und der Volksinitiative geprägt wird.

Eine wichtige Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass die Bemühungen und Arbeiten rund um das Thema Wirtschaftsdemokratie nicht nur für die (linke) Galerie gemacht werden, sondern tatsächlich auch etwas verändern. Wir bemühen uns um die Einbettung in einen längerfristig angelegten Diskurszusammenhang rund um den Begriff der Demokratie, der innerhalb der Schweizer Linken (also auch jenseits der SP Schweiz) seit einigen Jahren entwickelt, und im Sinne eines Hegemonieprojekts vorangetrieben wird. Diese „Diskursgenese“ nachzuzeichnen ist ein zweites Ziel des Beitrags.

Vorerst soll es im folgenden Kapitel darum gehen, das angesprochene Positionspapier kurz vorzustellen.

2. Wirtschaftsdemokratische Vorstellungen der SP Schweiz

Wie eingangs erwähnt, wurde das Positionspapier „Eine Zukunft für alle statt für wenige – Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen“ an einem Parteitag der SP Schweiz Ende 2016 – mit einer deutlichen Mehrheit – verabschiedet. Das Papier, dem ein Vorwort des Parteipräsidenten Christian Levrat vorangeht, wird durch eine „Situationsanalyse“ (Beschreibung der grossen gesellschaftlichen Herausforderungen und Entwicklungen sowie der Rolle

² Bei den Wahlen 2015 wurde ein Abgeordneter der Partei der Arbeit gewählt, er hat sich der Grünen Fraktion angeschlossen.

der Sozialdemokratie in diesem Kontext) eingeleitet, danach werden 25 Massnahmen, gegliedert nach den drei Schwerpunkten, aufgeführt. Das ganze Papier umfasst lediglich 14 Seiten.

Das Papier versucht den Blick über die klassische Um- resp. Rückverteilung über Steuern hinaus zu öffnen und die Verteilungsfrage explizit auch auf die Verteilung von wirtschaftlicher Entscheidungsmacht anzuwenden. Im Analyseteil des Papiers heisst es:

„Wir stehen vor vielfältigen und miteinander verbundenen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Krisen, die einen tiefgreifenden Wandel nötig machen. Heute sind die fortschrittlichen und verantwortungsbewussten Kräfte weltweit gefordert, an einem Pfad-wechsel hin zu einem neuen, tatsächlich nachhaltigen Entwicklungsmodell mitzuwirken. **Ganz wesentlich dabei ist ein anderer Zugang zu, und ein anderes Verständnis von Wirtschaft.** Es gilt die vorherrschende Wirtschaftslogik und die ihr zugrunde liegenden Machtverhältnisse zu verändern. Das Ziel ist es, die von einer kapitalistischen Wirtschaft systematisch produzierten Ungleichheiten und Zerstörungen von Beginn weg zu verhindern, statt sie im Nachhinein bestmöglich zu reparieren. Gefragt ist eine Politik, die die Probleme an der Wurzel packt und gleichzeitig Möglichkeiten zu substantiellen Verbesserungen im bestehenden Rahmen nutzt. **Im Kern geht es darum, die Verteilungsfrage auszuweiten. Neben der steuerlichen Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums im Nachhinein braucht es eine gerechtere Verteilung wirtschaftlicher (Entscheidungs-)Macht. Indem Betroffene zu Mitbestimmenden gemacht werden, wirkt man der Entstehung ungerechtfertigter und schädlicher Ungleichheiten entgegen“** (SPS 2016: 5/Hervorheb. im Original).

Ein Ziel des Positionspapiers ist es, die Black-Box „Wirtschaft“ zu öffnen resp. das Bewusstsein dafür (wieder) zu schärfen, dass es bei wirtschaftspolitischen Fragen ganz zentral um Macht- und Herrschaftsverhältnisse geht. Das Papier möchte über die sozialdemokratische Erfolgsformel der Vergangenheit, „Wachstum + Verteilung = Wohlstand für alle“, hinausgehen und auch die Frage nach den Zielen, nach einer zukunftsfähigen Logik des Wirtschaftens aufwerfen. Die Demokratisierung der wirtschaftlichen Sphäre wird sodann als wesentlicher Bestandteil einer sozial-ökologischen Transformation konzipiert. Das heisst es geht eben nicht um einen „mitbestimmten Kapitalismus“, sondern um eine postkapitalistische Perspektive, die sich, wie es Rolf Reissig (2014: 71) heisst, mit „einer grundlegenden Veränderung der Art und Weise des Wirtschaftens, des Arbeitens, des Lebens“ auseinandersetzt. In einem Abschnitt am Ende des Positionspapiers findet sich folgende Formulierung:

„Der Horizont der Sozialdemokratie reichte immer über den Kapitalismus hinaus. Allein die Mega-Themen Ungleichheit, Klimawandel und Migration machen deutlich, dass diese Perspektive nach wie vor – und vielleicht mehr

denn je – zwingend nötig ist. Wenn wir heute eine gesellschaftliche Transformation in eine freiere und gerechtere Zukunft anvisieren, dann besteht unsere beste Chance darin, die klassisch-sozialdemokratische (Zähmungs-)Politik mit den „realen Utopien“ einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Ökonomie zu verbinden. Daraus ergibt sich für uns die Chance, mit neuem Elan als verantwortungsbewusste, zugleich visionäre und konkret gestaltende Kraft in Erscheinung zu treten“ (SPS 2016: 13/Hervorheb. im Original).

Was im obigen Zitat anklingt ist ein Verständnis transformatorischer Politik, das jüngst prominent durch den US-amerikanischen Soziologen Erik Olin Wright (2017), auf den im Positionspapier auch verwiesen wird, in die linke Debatte eingebracht wurde. Im Vorwort zu seinem 2017 in deutscher Übersetzung erschienenen Grundlagenwerk „Reale Utopien – Wege aus dem Kapitalismus“ schreibt er:

„Anstatt den Kapitalismus durch Reformen ‚von oben‘ zu zähmen oder mittels eines revolutionären Bruchs zu zerschlagen, sollte, so der Kerngedanke, der Kapitalismus dadurch erodiert werden, dass in den Räumen und Rissen innerhalb kapitalistischer Wirtschaften emanzipatorische Alternativen aufgebaut werden und zugleich um die Verteidigung und Ausweitung dieser Räume gekämpft wird. Reale Utopien sind Institutionen, Verhältnisse, Praktiken, die in der Welt, wie sie gegenwärtig beschaffen ist, entwickelt werden können, die aber die Welt, wie sie sein könnte, vorwegnehmen und dazu beitragen, dass wir uns in dieser Richtung voranbewegen.“ (Wright 2017, S. 11)

Der Ansatz, transformatorischen Wandel nicht primär als politischen top-down Prozess zu verstehen, sondern auch zivilgesellschaftliche (auch unternehmerische) Initiativen von unten ernst zu nehmen und systematisch mit institutioneller Politik zu verbinden, wurde innerhalb der SPS kontrovers diskutiert. Nicht selten wurde er als Rückzug ins Kleine, eben in die Nischen, missverstanden. Ein solcher Rückzug war nie geplant, was die Partei mit dem Papier hingegen anstrebt, ist auf Themen und Handlungsfelder aufmerksam zu machen, die in der Vergangenheit vernachlässigt blieben.

Wie erwähnt, sind die Massnahmen im Papier in drei Abschnitte gegliedert. Unter dem Titel „Mehr Demokratie – Mitbestimmung und Beteiligung ausbauen“ werden 12 Massnahmen aufgeführt. Die SP fordert 1) Mitbestimmungsrechte für Mitarbeitende (die gesetzlichen Mitwirkungsrechte in der Schweiz sind gerade im Vergleich mit Deutschland nur rudimentär ausgebaut), 2) Kollektive Gewinnbeteiligungsmodelle, 3) die Stärkung der KonsumentInnenmacht, 4) die Sicherung des Bodens als Gemeingut, 5) eine geschlechtergerechte Wirtschaft, 6) Arbeitszeitverkürzungen, 7) eine Vorbildrolle der öffentlichen Hand, also insbesondere der Verwaltung, in Bezug auf Mitwirkung und gute Arbeitsbedingungen, 8) die Verteidigung und Ausweitung des Service public (gemeint sind damit klassischerweise die öffentliche Infrastrukturen wie die Bahn, die Post oder der öffentliche Rundfunk), 9) verantwortungsvolle Pensionskassen, in denen riesige Vermögen zusammenkommen und deren

Stiftungsräte paritätisch besetzt sind, 10) eine am Gemeinwohl orientierte Nationalbank, 11) die Förderung der regionalen Vertragslandwirtschaft und 12) eine regionale Energieversorgung.

Im Schwerpunkt „Zukunftsfähige Wirtschaftsweisen fördern“ fordert die SPS 1) einen Artikel in der Bundesverfassung, der gezielt die Förderung von sozial-solidarischen Unternehmen ermöglicht, 2) die Stärkung von Unternehmensrechtsformen, die auf den Prinzipien einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft beruhen, 3) ein rechtliches Instrumentarium, um verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln zu sichern (in diesem Kontext wird es in der Schweiz eine Volksabstimmung über die sogenannte „Konzernverantwortungsinitiative“³ geben), 4) den stärkeren Einbezug der staatlichen „Kantonalbanken“ beim sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft, 5) einen „Zukunftsfonds“, der ebenfalls gezielt in einen solchen Umbau investiert, 5) mehr nicht-profitorientierte Investitionen in und eine Demokratisierung des Care-Sektors, 6) die Ermöglichung von Freiräumen und gesellschaftlichen Lernprozessen bspw. bei der Zwischennutzung von Land und Immobilien (das fordert vom Staat auch Augenmass, wenn es um die Regulierung und Normierung geht), 7) die Stärkung digitaler Commons gegen das Regime der Informationsmonopole.

Der Abschnitt „Bewusstsein und Anerkennung für eine zukunftsfähige Wirtschaft schaffen“ umfasst schliesslich noch fünf Massnahmen, nämlich 1) eine Nationale Handelskammer einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft, wie sie im bspw. in Québec oder in Frankreich schon existieren, 2) nationale Statistiken, die die Realitäten und den gesellschaftlichen Nutzen einer „alternativen Wirtschaft“ ausweisen und damit erkennbar machen, 3) eine stärkere Grundlagenforschung in diesem Bereich, 4) die Schaffung eines schweizweiten Nachhaltigkeits-Labels und schliesslich 5) die Vermittlung eines vielfältigeren, nicht primär auf dem neoklassischen Dogma basierenden Wirtschaftsbild in der Bildung (von der Volksschule über die Hochschulen bis zur Weiterbildung).

Dieser Forderungskatalog macht zumindest zwei Dinge deutlich: Zum einen, und das ist so gewollt, soll mit dem Papier gezeigt werden, dass es vielfältige Ansatzpunkte auf unterschiedlichen Ebenen gibt, um die Wirtschaft und Gesellschaft zu verändern. Diese Vielfalt und Offenheit wird auch explizit als Teil der Lösung betrachtet, Wirtschaftsdemokratie ist in unserem Verständnis kein fixer Masterplan (vgl. Zwicky 2015). Ebenfalls bewusst wurden im Papier vor allem Massnahmen formuliert, die auf eine Umgestaltung der hiesigen Verhältnisse abzielen. Dies unter anderem auch in Reaktion darauf, dass im wirtschaftspolitischen Diskurs der an sich richtige Verweis auf den globalen Charakter der Wirtschaft nicht selten eher vorschnell mit dem Argument einhergeht, Veränderungen könnten nur noch international angegangen werden. Damit werden allerdings die politischen Handlungsmöglichkeiten, die es im nationalen Rahmen nach wie vor gibt, etwas bequem aus den Augen zu lassen. Gerade in Ländern wie Deutschland oder Schweiz, die Sitz von internationalen Konzernen sind und Jahr für Jahr grosse Exportüberschüsse produzieren, hätte ein sozial-ökologischer

³ Siehe: <http://konzern-initiative.ch/>

Umbau der Wirtschaft, eine Demokratisierung und Neuausrichtung der Unternehmen, aber natürlich auch substanzielle internationale Effekte, und wäre ein überaus relevanter Beitrag zu internationaler Gerechtigkeit und Solidarität.

Die Vielfalt der im Positionspapier aufgeführten Forderungen ist letztlich, und das ist der zweite Punkt, jedoch zu einem gewissen Grad auch dem Entstehungsprozess des Papiers resp. der innerparteilichen Dynamik und Demokratie geschuldet. Das Papier wurde in einer relativ kleinen Gruppe, der Arbeitsgruppe Wirtschaftsdemokratie, erarbeitet, ging dann in mehreren Lesungen durch das Parteipräsidium und die Geschäftsleitung, wurde ausserhalb des offiziellen Verfahrens von ParlamentarierInnen kommentiert und kritisiert, war in einem ersten Schritt für alle Sektionen und im zweiten Schritt für alle Delegierten antragsberechtigt und wurde schliesslich von mehreren Hundert Delegierten am Parteitag diskutiert. In einem solchen Prozess, in dem die unterschiedlichsten Personen und Gruppierungen ihre eigenen Themen, Sichtweisen und Anliegen einbringen, wird die Kohärenz und Stringenz eines Positionspapiers, das ist kein Geheimnis, zwangsläufig etwas in Mitleidenschaft gezogen.

Ebenfalls Teil des verabschiedeten Positionspapiers war der Auftrag an die Geschäftsleitung, innerhalb eines Jahres einen Aktionsplan zur Umsetzung des Positionspapiers vorzulegen. Dieser Aktionsplan wurde wiederum in der AG Wirtschaftsdemokratie erarbeitet und an einer Delegiertenversammlung im Oktober 2017 präsentiert (vgl. SP Schweiz 2017). Im Aktionsplan wurden für die drei Schwerpunkte „Soziales Unternehmertum und Genossenschaftswesen“, „Mitbestimmung“ und „Service public und Commons“ je drei Aktionen definiert, die mit den – sehr begrenzt – vorhandenen Ressourcen in einem Zeithorizont von rund vier Jahren verfolgt und umgesetzt werden sollen.

3. Wirtschaftsdemokratie als Teil eines linken Hegemonieprojekts

Den grössten Effekt zeitigten die Arbeiten der SP Schweiz rund um das Thema Wirtschaftsdemokratie bislang (die Umsetzung der im Aktionsplan definierten Massnahmen läuft) wohl in programmatisch-ideologischer Hinsicht. Die SP Schweiz profiliert sich mit dem Thema als einzige Partei, die den kapitalistischen Status quo überhaupt noch infrage stellt. Die Diskussionen über Kapitalismus und Alternativen konnten so zumindest ansatzweise (so etwa vor dem Parteitag 2016) auch in einer breiteren Öffentlichkeit geführt werden – und erweckten, wie eingangs erwähnt, durchaus auch Interesse im Ausland, vor allem in Deutschland. Das Positionspapier fungierte dabei als Träger der Debatte. Innerparteilich konnte die Diskussionen zudem über ein eigenes Bildungsmodul auch an die Basis, in die Sektionen, gebracht und dort vertieft werden. Hinzu kommen diverse Referate und Veranstaltungen, die in den letzten Jahren im Zusammenhang mit Wirtschaftsdemokratie und den entsprechenden Bemühungen der Partei von gehalten und durchgeführt wurden.

Die Arbeit an der Wirtschaftsdemokratie ist in diesem Sinne als Arbeit an einem linken Hegemonieprojekt zu verstehen. Diese Arbeit läuft tatsächlich auch parallel, und nicht zuletzt über die Autoren des vorliegenden Beitrags auch personell verbunden, zu den Versuchen des linken schweizerischen Thinktanks „Denknetz“⁴, das visionär-utopische Vakuum, das durch die Ernüchterungen des realexistierenden Sozialismus entstanden ist und die Linke bis heute massiv schwächt, zu füllen. Seit 2015 wird versucht, einen emanzipatorischen, postkapitalistischen Gesellschaftsentwurf zu entwickeln, der um den Begriff der Demokratie kreist. Der Bezug zur Demokratie wurde nicht zuletzt deshalb gewählt, weil er gerade in der Schweiz in einer breiteren Bevölkerung, und im Gegensatz zum Begriff des Sozialismus, positiv konnotiert ist.

In Vorbereitung auf einen dreitägigen Kongress unter dem Motto „Reclaim Democracy“, der im Februar 2017 stattfand und an dem über 1800 Menschen teilgenommen haben, hat die Kerngruppe des Denknetzes 18 Thesen zu einer „Starken Demokratie“ verfasst.⁵ In den Thesen werden wesentliche Elemente und Dimensionen einer solchen Starken Demokratie vorgestellt. Um als linkes Hegemonieprojekt bestehen zu können, so die Überlegung, muss eine Starke Demokratie im Sinne eines programmatischen Daches in den unterschiedlichsten Politik- resp. Gesellschaftsbereichen Orientierung stiften können, bei wirtschafts-, sozial-, bildungs-, medien-, europa- oder migrationspolitischen Fragestellungen (vgl. auch Herzog et al. 2015). Eine Starke Demokratie muss substantiell sein, das heisst, dass alle wesentlichen gesellschaftlichen Bereiche für demokratische Entscheidungsfindungen und Praxen zugänglich sein müssen. Das betrifft insbesondere auch den Bereich der Wirtschaft der im bürgerlichen Staat quasi von der Gesellschaft abgekoppelt und im Interesse des Kapitals bzw. der herrschenden Eliten vom demokratischen Zugriff weitgehend abgeschirmt bleibt. Die dritte These beschreibt die bürgerlich-kapitalistische Demokratie deshalb als „Protodemokratie“ (vgl. Denknetz-Kerngruppe 2016: 2).

Die Herausforderung besteht für die Linke unserer Ansicht nach darin, für eine Ausweitung und Vertiefung von Demokratie zu kämpfen. Demokratie ist nicht als fixes, statisches Konzept zu verstehen, vielmehr kann und muss der Geltungsbereich demokratischer Selbstbestimmung kollektiv immer wieder neu ausgehandelt, verteidigt und durchgesetzt werden. Universell gültige Menschenrechte sehen wir als unverrückbare Grundlage einer demokratischen Gesellschaft. Darüber hinaus beschränkt sich eine Starke Demokratie aber nicht auf die institutionellen Verfahren und Regelungen der politischen Demokratie. Starke Demokratie ist Demokratie als Lebensform, die sich ganz wesentlich auch in der sozialen Alltagspraxis der Menschen niederschlägt:

„Demokratie muss Eingang finden in all jene Lebenswelten, die für Menschen essenziell sind und in denen sie in Kollektive eingebunden sind. Starke Demokratie ist eine Angelegenheit der täglichen Kultur und basiert auf der Erfahrung lebendiger, fruchtbarer

4 Siehe: <http://www.denknetz.ch/>

5 Siehe: <http://www.reclaim-democracy.org/>

kollektiver Prozesse in Quartieren, Betrieben, Projekten, Gemeinden, Verbänden, Bewegungen, in ganzen Nationen und auf globaler Ebene“ (Denknetz-Kerngruppe 2016, S. 5).

Der Demokratisierungsprozess sollte Taktgeber der gesellschaftlichen Entwicklung, statt ihr hinterherzulaufen. Das ist der Anspruch eines linken Hegemonieprojekts, das sich um die Idee der Demokratie dreht. Als ein solches ist das Programm einer Starken Demokratie auf eine postkapitalistische Zukunft ausgerichtet ist. Dieses Ziel gilt es auf transformatorische Weise zu verfolgen: im Kapitalismus über ihn hinaus. Der Demokratisierung der Wirtschaft kommt dabei eine ganz wesentliche Bedeutung zu.

„Starke Demokratie als Programm bedeutet die Verteidigung und Weiterentwicklung der demokratischen Form und gleichzeitig den Kampf um Substanzgewinne in allen relevanten Bereichen. Solche Substanzgewinne lassen sich teilweise im Rahmen kapitalistischer Gesellschaften erzielen. [...] Gleichzeitig bedeutet Starke Demokratie als Programm aber auch, auf die Überwindung des Kapitalismus hinzuwirken. Denn nur mit einer solchen Überwindung können die zentralen ökonomischen Entscheide in den demokratischen Zugriff genommen, kann damit die nötige Grundsubstanz für eine starke Demokratie erreicht werden“ (Denknetz-Kerngruppe 2016, S. 3-4).

Der Diskussions- und Vernetzungsprozess „Reclaim Democracy“ läuft seit dem Kongress 2017 weiter. Neben Publikationen und kleineren Veranstaltungen, die in der Zwischenzeit stattgefunden haben, ist für 2019 oder 2020 ein mehrtägiger Folgekongress geplant, der schweizweit Resonanz erzeugen, auch und internationale Kontakte und Kooperationen vertiefen soll. Die Arbeiten der SP Schweiz am Thema Wirtschaftsdemokratie werden wo immer möglich und sinnvoll mit diesem Prozess verbunden – ist es doch ein wichtiges Ziel, dass die vielfältige Linke in einen gemeinsamen Austausch und zu einem gemeinsamen Handeln für eine Starke Demokratie kommt.

4. Ein Zwischenfazit mit Blick nach vorn: Auf dem Weg zu einer transformatorischen Sozialdemokratie?

Mit dem Begriff und Konzept der Wirtschaftsdemokratie existiert eine in der politischen und gewerkschaftlichen Linken historisch verankerte Programmatik einer transformatorischen Politik, die zum Kern der multiplen Krise, zu den Macht- und Herrschaftsverhältnissen im Kapitalismus, vordringt. Das Vakuum demokratischer Mitbestimmung in der „Wirtschaft“ trifft zudem die reale Erfahrung breiter Schichten der Bevölkerung und zahlreicher sozialer Kämpfe in Europa seit 2008. Viele der wirtschaftsdemokratischen Lösungsansätze, die in den letzten mehr als 100 Jahren entwickelt wurden, sind auch heute noch aktuell. Dass dem so ist, sollte uns eigentlich auch nicht

überraschen: Die Welt von damals und die heutige Welt sind ganz bestimmt nicht gleich – Kapitalismus war aber Anfang des 20. Jahrhunderts und Kapitalismus ist auch heute. Wachsende soziale Ungleichheit, Prekarisierung und Furcht vor Arbeitsplatzverlust, Klimawandel oder der Aufstieg einer autoritären Neuen Rechten sind Ausdruck – und sich wechselseitig beeinflussende Dimensionen – einer multiplen Krise des neoliberalen Kapitalismus. Diese gesellschaftlichen Probleme lassen sich nur gegen die kapitalistische Logik der unersättlichen Profitmaximierung lösen. Eine transformatorische Politik muss in diesem Sinne antikapitalistisch sein und gleichzeitig um das Aufzeigen postkapitalistischer Alternativen (inkl. dem Weg dorthin) bedacht sein. Bereits im Hier und Heute gibt es kleinere und grössere prä-postkapitalistische Nischen. Uns scheint es eine wichtige Aufgabe einer transformatorischen Politik zu sein, solche Nischen gezielt zu stärken und auszuweiten (ohne die emanzipatorischen zivilgesellschaftlichen Lernprozesse, die in ihnen stattfinden durch etatistischen Übereifer zu zerstören).

Es ist nicht so, dass es an Ideen und Vorschlägen dafür fehlt, wie die Welt verändert werden könnte. Zu beklagen ist mit David Harvey allerdings das Fehlen eines verbindenden und umfassenden Programms „das politisches Handeln motivieren und bündeln kann, eine kollektive politische Subjektivität, die sich um einen Grundbegriff herum bildet und die uns zeigen kann, wie ein alternativer Wirtschaftsmotor aussehen könnte, mit dem wir die Macht des Kapitals herausfordern und überwinden“ (Harvey 2015, S. 310). Ob ein solches Programm rund um den Begriff einer „Starken Demokratie“ erfolgreich entwickelt werden kann oder es allenfalls doch einen „Neo-Sozialismus“ (Dörre 2017) dafür braucht, wird sich zeigen müssen. Und selbst die Frage, ob die Zeit der „grossen Erzählungen“ nicht doch vorbei ist, steht nach wie vor unbeantwortet im Raum.

Ebenfalls noch offen ist die Frage, welche die Zukunft die Sozialdemokratie als starke und gestaltende internationale Bewegung hat, ja vielleicht sogar die Frage, ob sie überhaupt eine Zukunft hat. Unserer Überzeugung nach hat die Sozialdemokratie dann eine Zukunft, wenn sie sich als eine transformatorische Kraft versteht. In der schweizerischen Zeitschrift „Widerspruch“ haben wir anhand von zehn Thesen umrissen, wie wir uns eine solche Sozialdemokratie vorstellen (vgl. Wermuth/Zwicky 2016). Für eine transformatorische Sozialdemokratie wird auch im aktuellen programmatischen Bericht „Shaping our future“ der Progressive Alliance (2017) oder in einem exzellenten Aufsatz von Matthias Greffrath (2018) in *Le Monde diplomatique* plädiert. Einen politisch-inhaltlichen Schwerpunkt erkennen wir auf jeden Fall im Themenfeld Arbeit, in dem es darum gehen wird, ein „Neues Normalarbeitsverhältnis“ (vgl. Riexinger/Becker 2017) unter explizitem Einbezug der unbezahlten Sorgearbeit, die nach wie vor vorwiegend von Frauen verrichtet wird, durchzusetzen.

Obwohl die gesellschaftlichen Krise(n) ebenso wie der Zustand der Sozialdemokratie in vielen Ländern einen Wandel dringend nötig machen würden, meinen wir, dass wir uns für diesen Wandel ganz bewusst Zeit lassen sollten. Eine ideologische, organisatorische und personelle (Teil-)Erneuerung

ist nichts, was von heute auf morgen passiert. Als besonders wichtig erachtet wird, dass es zu einem produktiven Austausch zwischen AktivistInnen, Bewegungen, Basisorganisationen, Gewerkschaften, der progressiven Wissenschaft und der parlamentarischen Linken kommt. Das „Denknetz“, der „Reclaim Democracy“-Prozess oder das „Institut Solidarische Moderne“ in Deutschland verkörpern diese Idee des „crossover“. Wir setzen uns für eine SP Schweiz ein, die einen aktiven Beitrag zu einem solchen anspruchsvollen Erneuerungsprozess leistet.

Literatur

- Bellamy Foster, J. (2017). *Trump in the White House. Tragedy and Farce*. New York: Monthly Review Press.
- Brand, U. & Wissen, M. (2017). *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München: oekom.
- Denknetz-Kerngruppe (2016). *18 Thesen für eine Starke Demokratie*. www.denknetz.ch/sites/default/files/starke_demokratie_def_17.9.16.pdf. Zugegriffen: Februar 2018.
- Dörre, K. (2016). *Die national-soziale Gefahr. Pegida, Neue Rechte und der Verteilungskonflikt – sechs Thesen*. www.theoriekritik.ch/?p=2833. Zugegriffen: Februar 2018.
- Dörre, K. (2017). *Neo-Sozialismus? Acht Thesen zu einer überfälligen Diskussion*. <http://www.theoriekritik.ch/?p=3485>. Zugegriffen: Februar 2018.
- Dowling, E., van Dyk, S. & Graefe, S. (2017): Rückkehr des Hauptwiderspruchs? Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der „Identitätspolitik“. *PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 47, H. 188, 411-420.
- Federici, S. (2017). *Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation*. Wien, Berlin: mandelbaum kritik & utopie.
- Greffrath, M. (2018). Mit uns wird es nur langsam schlimmer. Kurzer Abriss der neueren SPD-Geschichte. *Le Monde diplomatique*, 24, H. 1, 12-13
- Harvey, D. (2015). *Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus*. Berlin: Ullstein.
- Herzog, R., Ringger, B. & Zwicky, P. (2015). *Demokratie als Notwendigkeit und Programm*. www.denknetz-online.ch/sites/default/files/demokratie_working_paper_juni_15.pdf. Zugegriffen: Februar 2018.
- Labour Party (2017): *Alternative Models of Ownership*. http://www.labour.org.uk/page/-/PDFs/9472_Alternative%20Models%20of%20Ownership%20all_v4.pdf. Zugegriffen: Februar 2018.
- LuXemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis (2017). Spezial zu Neuer Klassenpolitik. <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/lux/wp-content/uploads/2017/10/LUX-Spezial-Neue-Klassenpolitik.pdf>. Zugegriffen: Februar 2018
- Mezzadra, S. & Neumann, M. (2017). *Jenseits von Interesse und Identität. Klasse, Linkspopulismus und das Erbe von 1968*. Hamburg: Laika-Verlag.
- Mishra, P. (2017). *Das Zeitalter des Zorns. Eine Geschichte der Gegenwart*. Frankfurt a.M.: S. Fischer.
- Progressive Alliance (2017). *Shaping our Future. Working Towards a Global Social and Ecological Transformation*. <http://progressive-alliance.info/wp-content/uploads/2017/02/Shaping-our-future.pdf>. Zugegriffen: August 2017.
- PROKLA-Redaktion (2016). Der globale Kapitalismus im Ausnahmezustand. *PROKLA Zeitschrift für*
- Reissig, R. (2014). Transformation – ein spezifischer Typ sozialen Wandels. Ein analytischer und sozialtheoretischer Entwurf. In M. Brie (Hrsg.), *Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus* (S. 50-100). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Riexinger, B. & Becker, L. (2017). For the many, not the few: Gute Arbeit für Alle! Vorschläge für ein Neues Normalarbeitsverhältnis. *Supplement der Zeitschrift Sozialismus*, H. 9.

- SP Schweiz (2010). *Für eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie. Parteiprogramm.* <http://www.sp-ps.ch/ger/Media-library/AA-SPSchweiz/Partei/Parteiprogramme/Parteiprogramm-2010>. Zugegriffen: Februar 2018.
- SP Schweiz (2016). *Eine Zukunft für alle statt für wenige – Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen. Positionspapier der SP Schweiz.* http://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/positionspapier_wirtschaftsdemokratie_definitiv_d_0.pdf. Zugegriffen: Februar 2018.
- SP Schweiz (2017). *Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen. Aktionsplan gemäss Auftrag des Parteitags vom 3. Dezember 2016.* https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/aktionsplan_wirtschaftsdemokratie_de.pdf. Zugegriffen: Februar 2018
- Taylor, K-Y. (2017). *Von #BLACKLIVESMATTER zu Black Liberation.* Münster: UNRAST-Verlag.
- Wermuth, C. & Zwicky, P. (2017). *Make Social Democracy Great Again. 10 Thesen zum transformatorischen Aufbruch der Sozialdemokratie. Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik, 69, 79-92.*
- Winker, G. (2015). *Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft.* Bielefeld. Transcript.
- Wright, E. O. (2013). Transforming Capitalism through Real Utopias. *American Sociological Review, 78, H. 1, 1-25.*
- Wright, E. O. (2017). *Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus.* Berlin: Suhrkamp.
- Wyler, R. (2017). An der Macht beteiligt, aber nie an der Macht: Die Entwicklung der schweizerischen Sozialdemokratie. *spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, H. 221, 63-67.*
- Zwicky, P. (2015). Economic Democracy as a Key Element of a Social Europe. In E. Stetter, K. Duffek & A. Skrzypek (Hrsg.), *For a Connecting Progressive Agenda* (S. 398-394). Brüssel: FEPS Next Left.